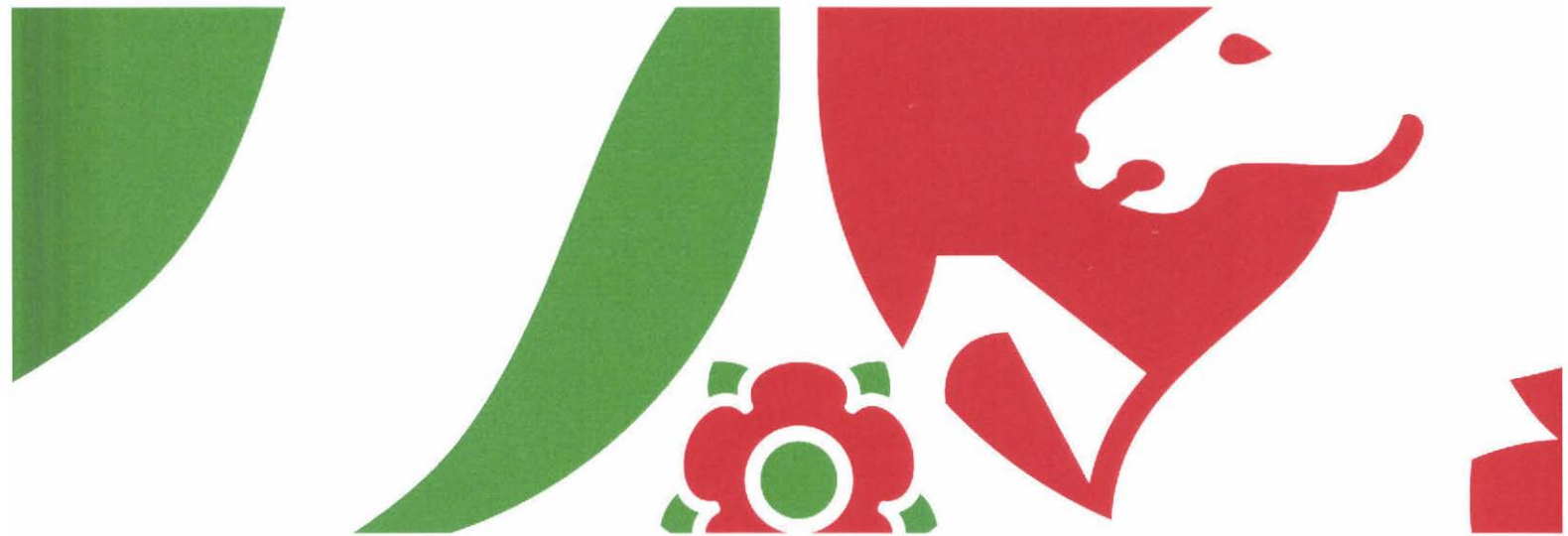




Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2012

Einzelplan 03

16. Wahlperiode



Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Überblick über den Einzelplan 03.....	3
1 Einnahmen	5
2 Ausgaben	5
2.1 Gesamtausgaben	
2.2 Sachhaushalt	
2.3 Besonderheiten	
3 Personal	8
3.1 Personalausgaben	
3.2 Planstellen und Stellen	
3.3 kw-Vermerke	
3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung	
II. Stellenplan, Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln	15
III. Produkthaushalt: Budgeteinheit Polizei	35

Entwurf des Haushaltsplans 2012
Erläuterungen zum Einzelplan 03

I.
Überblick
über den
Einzelplan 03

Entwurf des Haushaltsplans 2012

Erläuterungen zum Einzelplan 03

1 Einnahmen

	2012	2011	+/-
Einnahmen (in Mio. EUR)	255,6	289,6	- 34,0

Die Einnahmen sind um 34 Mio. EUR niedriger veranschlagt als im Vorjahr. Wesentlich hierfür ist, dass die Erstattung des Bundes für den Zensus in Höhe von rund 60 Mio. EUR entfällt. Der Ansatz für das Wasserentnahmenentgelt ist dagegen aufgrund gesetzlicher Änderungen von 64,8 um 27,2 Mio. EUR auf 92 Mio. EUR erhöht.

2 Ausgaben

2.1 Gesamtausgaben

Die Ansätze steigen von 4.637,32 Mio. EUR um 224,19 Mio. EUR auf 4.861,51 Mio. EUR.

Gesamtausgaben (in Mio. EUR)	2012	2011¹	+/-	in v.H.
Einzelplan, hiervon	4.861,51	4.637,32	224,19	4,8
• Polizei	2.715,62	2.500,76	214,86	8,6
• Übriger Geschäftsbereich	2.145,89	2.136,56	9,33	0,4

Die Ansätze für Personalausgaben (siehe Nummer 3) nehmen um rund 113 Mio. EUR zu, im Sachhaushalt sind rund 110 Mio. EUR mehr veranschlagt als im vorherigen Haushalt.

2.2 Sachhaushalt

Sachhaushalt (in Mio. EUR)	2012	2011	+/-	in v.H.
Einzelplan, hiervon	1.239,55	1.129,06	110,49	9,8
• Polizei	640,61	526,36	114,25	21,7
• Übriger Geschäftsbereich	598,94	602,70	- 3,76	- 0,6

Die Ansätze im Sachhaushalt liegen per Saldo um rund 110 Mio. EUR höher als 2011 und belaufen sich auf 1.239,55 Mio. EUR. Als wesentliche Abweichungen gegenüber dem Vorjahr sind festzuhalten:

- Kosten für die Landtagswahl (Kapitel 03 020) + 15,5 Mio. EUR
- Strichansatz bei den Ausgaberesten (haushaltstechnische Verrechnung in Kapitel 03 020)² - 14,8 Mio. EUR

Entwurf des Haushaltsplans 2012

Erläuterungen zum Einzelplan 03

- Neue Globale Minderausgabe³ (Kapitel 03 020) - 13,6 Mio. EUR
- Rückführung der Ansätze für das Projekt Prävention Jugendkriminalität auf den alten Stand von 8,5 Mio. EUR (Titelgruppe 83 in Kapitel 03 020) + 4,25 Mio. EUR
- Höhere Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz aufgrund gestiegener Fallzahlen (Kapitel 03 030, Asyl) + 16,7 Mio. EUR
- Investitionen in den Fuhrpark der Polizei (Kapitel 03 110) + 44,0 Mio. EUR
- Erhöhte Mieten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb für Polizeidienstgebäude (Kapitel 03 110) + 3,6 Mio. EUR
- Plangemäße Veranschlagung des Digitalfunks mit insgesamt 95,4 Mio. EUR (Kapitel 03 110) + 50,5 Mio. EUR
- Vermehrte Investitionen für Geräte (Titel 812 00) und bei der Informations- und Kommunikationstechnik der Polizei (Titel 812 60, Kapitel 03 110) + 13,7 Mio. EUR
- Kosten des dritten Bauabschnitts - Zerlegetechnik - des Munitionszerlegebetriebes Hünxe (14,8 Mio. EUR als Teilbetrag 2012 von insgesamt 21,3 Mio. EUR im Kapitel 03 310) + 13,6 Mio. EUR
- Kosten für den Zensus (IT.NRW, Kapitel 03 610) - 28,9 Mio. EUR
- Renten gemäß Bundesentschädigungsgesetz wegen sinkender Fallzahlen (Kapitel 03 810) - 4,2 Mio. EUR

2.3 Besonderheiten

• Projekt „Prävention Jugendkriminalität“

Mit dem Projekt „Prävention Jugendkriminalität“ setzt die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums für Inneres und Kommunales die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission III um. Im Entwurf des Einzelplans sind insgesamt neun Mio. EUR etatisiert. Im Vorjahr waren die Mittel in der Titelgruppe 83 des Kapitels 03 020 halbiert.

• Polizei

Das Investitionsvolumen - ohne Titelgruppe 61, Digitalfunk - steigt um 57,6 Mio. EUR auf fast 140 Mio. EUR.

Dies ist insbesondere der Beschaffung von colorierten Funkstreifenwagen (Investitionsvolumen in diesem Jahr 42 Mio. EUR), von Fahrzeugen für die Bereitschaftspolizei (2 Mio. EUR) sowie erhöhten Ansätzen bei der Informations-

Der Betrag dient u.a. der Modernisierung der Windows-Infrastruktur - Projekt MOWIN -, der vermehrten technischen Unterstützung im Projekt Gewalt gegen Rechts, der Anpassung polizeilicher Vorgangsbearbeitungssysteme sowie der Ausstattung von Neu- und Erweiterungsbauten, u.a. des neuen Dienstgebäudes des LZPD.

Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) ist anzumerken, dass mit um 4,2 Mio. EUR auf 8,2 Mio. EUR erhöhten Ansätzen für die vermehrte Bearbeitung von DNA-Analysen vorgesorgt ist. Dies insbesondere, um den Rückstau unbearbeiteter Untersuchungsanträge abzubauen.

Für den Aufbau des Digitalfunks sind entsprechend der aktuellen Haushaltsunterlage 95,4 Mio. EUR etatisiert und damit 50,5 Mio. EUR mehr als 2011. Darüber hinaus sind die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Anbindung der kommunalen Leitstellen an den Digitalfunk im Polizeikapitel wie im Kapitel Feuerschutz und Hilfeleistung (vgl. Kapitel 03 710, Titel 812 11) geschaffen.

- **Feuerschutz und Hilfeleistung**

Die Landeszuschüsse an die Kommunen sind - u.a. wegen der Kosten für die Anbindung der kommunalen Leitstellen an den Digitalfunk - mit 30,2 Mio. EUR um rund 3,7 Mio. EUR niedriger veranschlagt als 2011. Tatsächlich können sie 2012 auf dem hohen Niveau der Vorjahre ausgezahlt werden.

- **Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge**

Aufgrund der weiterhin steigenden Zahl der Asylsuchenden ist der Ansatz für Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz um rund 16,7 auf 54,03 Mio. EUR erhöht. Im Übrigen sind die Ansätze allesamt auf dem Vorjahresstand überrollt.

- **Fachhochschule für öffentliche Verwaltung**

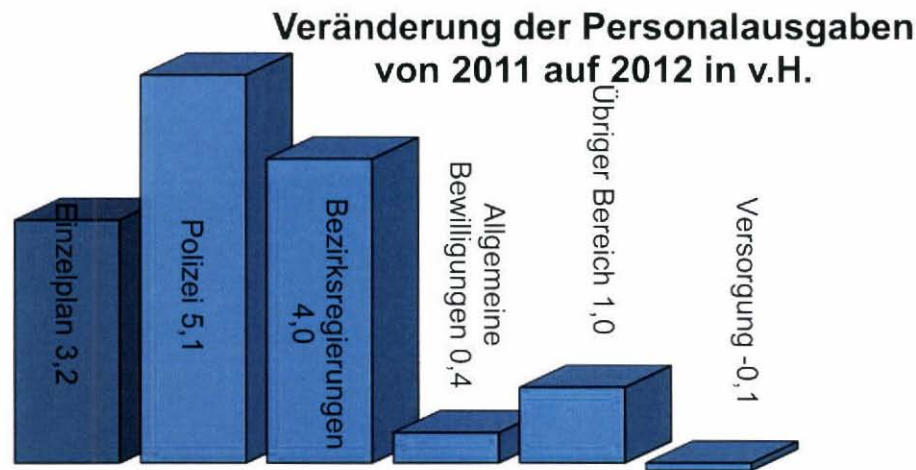
Wegen der Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei von 1.100 auf 1.400 sind bereits im Haushalt 2011 neben erhöhten Sachkosten 14 neue Planstellen berücksichtigt worden. Aus dem gleichen Grund folgt 2012 ein weiterer Aufwuchs um 13 Planstellen und Stellen. Für 2013 sind weitere vier, insgesamt also 31 Planstellen und Stellen vorgesehen, um den dauerhaften Mehraufwand aus den vermehrten Einstellungen zu kompensieren.

3 Personal

3.1 Personalausgaben

In der Hauptgruppe 4 sind rund 113,7 Mio. EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr. Im Einzelnen sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:

Personalausgaben (in Mio. EUR)	2012	2011	+/-	in v.H.
Einzelplan, hiervon	3.621,96	3.508,26	113,7	3,2
• Polizei	2.075,01	1.974,40	100,61	5,1
• Bezirksregierungen	339,14	326,03	13,12	4,0
• Übriger Geschäftsbereich	78,49	77,75	0,75	1,0
• Allgemeine Bewilligungen	133,77	133,28	0,49	0,4
• Versorgung	995,55	996,81	- 1,26	- 0,1



3.1.1 Aktiv Beschäftigte

Bei den aktiv Beschäftigten (Ausgaben für Dienstbezüge, Beihilfe, Freie Heilfürsorge) ergeben sich per Saldo um rund 114,9 Mio. EUR erhöhte Ansätze. Wesentliche Faktoren hierfür sind:

- Besoldungs- und Tarifierhöhungen aus 2011 und 2012, welche alleine rund 3,4% der Steigerung ausmachen
- Strukturelle Verbesserungen, indem beispielsweise die Zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei fortgeführt wird

3.1.2 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind basierend auf den Ausgaben der Vergangenheit und eingedenk steigender Fallzahlen sowie linearer Verbesserungen nach landeseinheitlicher Vorgabe des Finanzministerium berechnet. In der Summe liegen die Ansätze der Versorgungskapitel 03 900 und 03 910 um 1,26 Mio. EUR geringfügig niedriger als im Vorjahr.

3.2 Planstellen und Stellen

3.2.1 Stellenbestand

Gegenüber 2011 (55.150) stehen per Saldo 155 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf (55.305).

- **382** Planstellen und Stellen sind **neu** ausgebracht (siehe 3.2.2), denen
- **227 entfallende** Planstellen und Stellen gegenüberstehen.

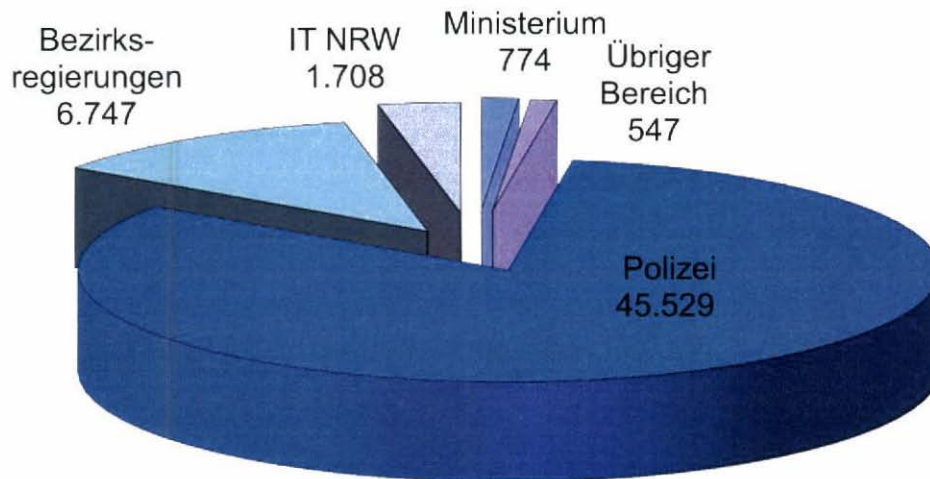
Der Stellenbestand reduziert sich, weil

- der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit nach dem Gesetz über dessen Unabhängigkeit⁴ mit 52 Planstellen und Stellen ab 2012 im Einzelplan des Landtags etatisiert ist und
- Stellen ab- oder umgesetzt sind, vor allem, um kw-Vermerke zu realisieren.

Nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Kapiteln:

Planstellen und Stellen	2012	Saldo	Neu	Kw- Vermerke	Sonstiges	2011
Einzelplan, hiervon	55.305	155	382	-175	-52	55.150
• Ministerium	774	-2		-1	-1	776
• Allgemeine Bewilligungen	31	-34	16	-50		65
• Polizei	45.529	281	280	-1	2	45.248
• Deutsche Hochschule der Polizei	101	0				101
• Fünf Bezirksregierungen	6.747	-64	55	-118	-1	6.811
• Aus- und Fortbildungseinrichtungen	44	0				44
• Fachhochschule für öffentliche Verwaltung	264	13	13			251
• Landesbetrieb Information und Technik (IT.NRW)	1.708	9	14	-5		1.699
• Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	0	-52			-52	52
• Institut der Feuerwehr	107	4	4			103

Das folgende Schaubild veranschaulicht, wie sich die 55.305 Planstellen und Stellen des Einzelplans auf die Arbeitsbereiche verteilen:



3.2.2 Neue Planstellen und Stellen

Im Entwurf 2012 sind **382 neue Planstellen und Stellen** berücksichtigt. Diese verteilen sich wie folgt:

- Für die **Bezirksregierungen** sind 55 neue Planstellen und Stellen vorgesehen:
 - 17, weil die Zuständigkeiten für das Auslands-BAföG bundesweit neu verteilt sind und die Fallzahlen wegen des Wegfalls des Grundwehrdienstes sowie der doppelten Abiturjahrgänge steigen
 - 29 für die Scanstelle Detmold zur Ausweitung der Tätigkeiten
 - 7, weil die Abwicklung des Infrastrukturprogramms Regionale Wirtschaftsförderung (RWP) von der NRW.BANK auf die Bezirksregierungen rückverlagert worden ist
 - 2 für das Präventivprogramm Bergschäden

Hierneben sind 0,8 Mio. EUR Aushilfsmittel für den Personalbedarf veranschlagt, der sich für den Stärkungspakt Stadtfinanzen ergibt.

- Bei der **Polizei** sind 280 neue Planstellen etatisiert, um Kommissaranwärterinnen und -anwärter übernehmen zu können, wenn diese die Laufbahnprüfung bestanden haben.
- 16 befristete Stellen, um **schwerbehinderte Menschen** mit der Qualifizierung

- Im **übrigen Geschäftsbereich** sind weitere 17 neue Planstellen und Stellen etatisiert, die sich wie folgt verteilen:
 - 13 bei der **Fachhochschule für öffentliche Verwaltung** wegen des Mehraufwandes durch die Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei
 - 4 beim **Institut der Feuerwehr**, um die Logistikbereiche zu stärken

3.3 Kw-Vermerke

3.3.1 Mengengerüst

Gegenüber 2011, als 1.487 kw-Vermerke im Einzelplan etatisiert waren, reduziert sich die kw-Befrachtung um 331 auf 1.156.

Hierbei sind

- **175 kw-Vermerke realisiert**, indem Stellen ab- oder umgesetzt worden sind (die PEM-Vereinbarung ist vollumfänglich erfüllt),
- **3 kw-Vermerke** aufgrund der Umressortierung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und Informationsfreiheit in den Einzelplan 01 (Landtag) **übergegangen**,
- **171 kw-Vermerke** aus der 1,5%igen Stellenreduzierung mit Fälligkeit 2012 sind **gestrichen**. Hierbei ist die im Aufstellungsverfahren eröffnete Möglichkeit genutzt worden, die kw-Vermerke durch eine Minderausgabe in der Hauptgruppe 9 zu kompensieren.
- **18 kw-Vermerke** sind **neu** ausgebracht, jeweils ein personengebundener bei der Polizei bzw. der Deutschen Hochschule der Polizei sowie sechzehn für die Stellen zur Einstellung schwerbehinderter Menschen.

Die Tabelle fasst zusammen, was sich gegenüber dem Vorjahr verändert hat:

Kw-Vermerke	2012	2011	Realisiert	Gestrichen	Sonstiges	Neu	Saldo
Einzelplan , hiervon	1.156	1.487	-175	-171	-3	18	-331
• Polizei	548	591	-1	-43	-	1	-43
• Bezirksregierungen	443	654	-118	-93	-	-	-211
• Übriger Geschäftsbereich	165	242	-56	-35	-3	17	-77

Der überwiegende Anteil der kw-Vermerke bei der Polizei entfällt auf Planstellen zur Übernahme geprüfter Kommissaranwärterinnen und -anwärter (395). Vor der derzeit für 2014 vorgesehenen Realisierung wird geprüft werden, ob und in welchem Um-

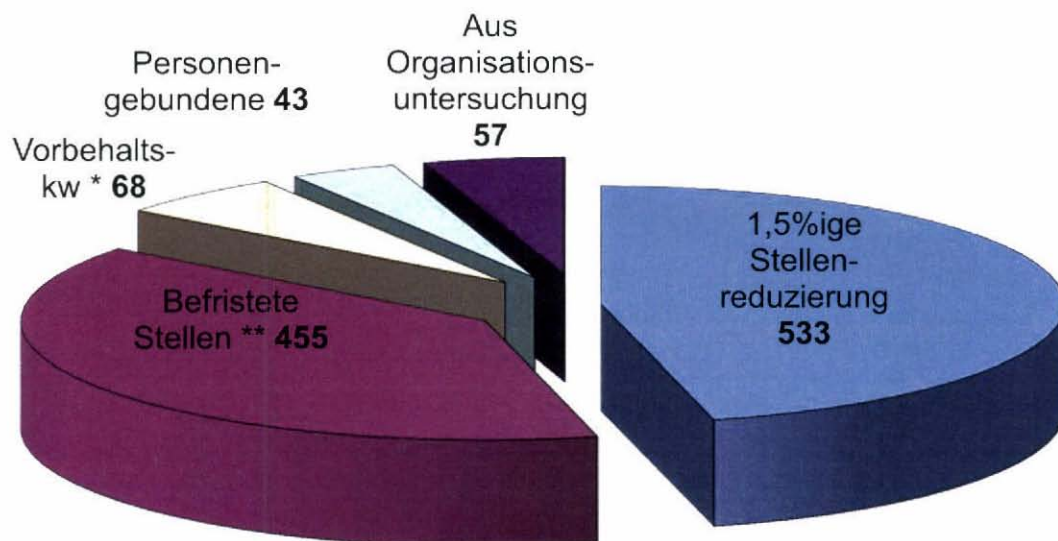
3.3.2 Fälligkeit

Nachstehende Tabelle gibt die nominellen Fälligkeiten gemäß Haushaltsentwurf bezogen auf die einzelnen Kapitel wieder:

Fälligkeit der kw-Vermerke	Gesamt	hiervon									
		unter Vorbehalt	Personen-gebunden	sofort	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Einzelplan, hiervon	1.156	68	43	10	33	229	591	179	0	0	3
• Ministerium	41	2			3	10	12	13			1
• Allgemeine Bewilligungen	31				9	6	16				
• Polizei	548		24			43	438	43			
• DHPol	1		1								
• Fünf Bezirksregierungen	443	66	17	10	21	140	95	92			2
• Aus- und Fortbildung	3					1	1	1			
• Fachhochschule	10					3	3	4			
• Information und Technik	78					26	26	26			
• Institut der Feuerwehr	1		1								

3.3.3 Herleitung

Nachstehende Grafik zeigt, wie die kw-Vermerke im Einzelplan sachlich hergeleitet sind. Der größte Anteil rührt aus der 1,5%igen Stellenreduzierung.



3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung

Die 2009 wieder aufgenommene Ausbildung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst wird 2012 fortgesetzt: Gegenüber 2011 sind die Einstellungsermächtigungen nochmals, und zwar von 40 auf 117 erhöht. Bedarfsgerecht sind 49 Einstellungsermächtigungen für den mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst vorgesehen.

Im Übrigen sind den Erfordernissen entsprechend Einstellungsermächtigungen und Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Referendariate, Vermessungstechnik, Umwelt- und Gewerbeverwaltung, Feuerwehrtechnik) etatisiert.

Nachstehend eine Gesamtübersicht über die Einstellungsermächtigungen im Einzelplan:

Kapitel	Einstellungsermächtigungen	2012	2011
03 020	Verwaltungsreferendare und -referendarinnen	16	18
03 020	Vermessungsreferendare und -referendarinnen	59	59
03 020	Bergreferendare und -referendarinnen	3	3
03 020	Vermessungsoberinspektoranwärter und -anwärterinnen	3	3
03 020	Regierungsinspektoranwärter und -anwärterinnen	117	40
03 020	Regierungssekretäranwärter und -anwärterinnen	49	42
03 110	Kommissaranwärter und -anwärterinnen	1.400	1.400
03 310, TG 70	Vermessungsoberinspektoranwärter und -anwärterinnen	10	0
03 310, TG 71	Umweltreferendare und -referendarinnen	0	6
03 310, TG 71	Umweltoberinspektoranwärter und -anwärterinnen	0	6
03 310, TG 74	Gewerbereferendare und -referendarinnen	0	0
03 310, TG 74	Gewerbeoberinspektoranwärter und -anwärterinnen	0	31
03 310, TG 74	Gewerbeobersekretäranwärter und -anwärterinnen	46	14
03 750	Brandreferendare und -referendarinnen	6	6
03 750	Brandinspektoranwärter und -anwärterinnen	6	6
Einzelplan		1.715	1.634

Die Stellenzahl für Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) bleibt mit 303 unverändert. Die Stellen sind wie folgt etatisiert: 145 im Kapitel der Allgemeinen Bewilligungen, 101 bei der Polizei, 36 im Umweltbereich der Bezirksregierungen, 19 bei IT.NRW sowie zwei beim Institut der Feuerwehr.

Entwurf des Haushaltsplans 2012

Erläuterungen zum Einzelplan 03

II.
Stellenplan,
Einnahmen und Ausgaben
nach
Kapiteln

Entwurf des Haushaltsplans 2012

Erläuterungen zum Einzelplan 03

Kapitel 03 010 Ministerium

Stellenplan

	2012	hD	gD	mD	eD	2011	+/-
Planstellen	537	178	324	35	-	539	-2
Stellen	237	6	52	150	29	237	-
Gesamt	774	184	376	185	29	776	-2
ATZ-Planstellen	5	1	4	-	-	5	-
ATZ-Stellen	11	-	1	10	-	11	-

Der Stellenplan verändert sich aufgrund des Abgangs von zwei Planstellen. Eine Planstelle wird im Kapitel des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Kapitel 03 630) etatisiert, der ab 2012 im Einzelplan 01 - Landtag - Kapitel 01 100 veranschlagt ist. Eine weitere Planstelle wird zum Landesamt für Personaleinsatzmanagement im Rahmen des Projekts „Schulverwaltungsassistenten“ verlagert.

Im Übrigen wird der Stellentausch ‚Stelle gegen Planstelle‘ aus 2011 mit dem LDI (Kapitel 03 630) zurück abgewickelt.

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v.H.
Einnahmen	631.400	631.400	-	-
Ausgaben	59.144.700	57.094.400	2.050.300	+3,6
• Personalausgaben	44.086.500	42.501.900	1.584.600	+3,7
• Sachausgaben	15.058.200	14.592.500	465.700	+3,2

Die **Personalausgaben** sind auf der Basis der Ansätze 2011, unter Berücksichtigung der o.g. Personalveränderungen, berechnet worden.

Der **Sachhaushalt** steigt u.a. aufgrund erhöhter Ansätze für Mieten und Nebenkosten.

Des Weiteren wurde aufgrund der Ausgabenentwicklung in 2010 eine Umschichtung von Mitteln zu Gunsten der Ausgaben für „Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben“

Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

Stellenplan

	2012	hD	gD	mD	eD	2011	+/-
Planstellen	0	-	0	-	-	31	-31
Stellen	31	-	-	31	-	34	-3
Gesamt	31	-	0	31	-	65	-34
<i>Vorbereitungsdienst</i>	523	196	236	91	-	343	+180
<i>Auszubildende</i>	161	-	-	-	-	161	-

31 Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 g. D. inkl. kw-Vermerk mit Fälligkeit zum 31.12.2011 sind weggefallen.

Wie in den Vorjahren sind 16 neue Stellen zur Einstellung von schwerbehinderten Menschen mit der Qualifizierung zu Verwaltungsfachangestellten ausgebracht. 19 Stellen sind wegen kw-Realisierung weggefallen oder in andere Einzelpläne umgesetzt.

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v. H.
Einnahmen	12.233.900	12.151.200	+82.700	+0,7
Ausgaben	232.607.100	232.886.800	-279.700	-0,1
• Personalausgaben	133.766.300	133.276.800	+489.500	+0,4
• Sachausgaben	98.840.800	99.610.000	-769.200	-0,8

Die **Einnahmen** erhöhen sich um Erstattungskosten in Höhe von 25.000 EUR für die Bundestagswahl 2013.

Die Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets erhöhen sich um 57.700 EUR.

Die **Personalausgaben** erhöhen sich um rd. 0,5 Mio. EUR. Im Wesentlichen liegen folgende Änderungen vor:

Der Wegfall von 31 Planstellen zieht eine Minderung der Personalkosten um rd. 1,1

len für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf ausgebracht.

Des Weiteren sind auch wieder Einstellungsermächtigungen für den mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst vorgesehen. Sie sind von 42 auf 49 erhöht. 91 Stellen sind ausgebracht.

Der Ansatz für Fürsorgeleistungen, insbesondere für die Freie Heilfürsorge für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, ist um rd. 2,5 Mio. EUR gestiegen, die Ansätze für Beihilfen sind um rd. 2,5 Mio. EUR reduziert.

Der **Sachhaushalt** verringert sich insgesamt um rd. 0,77 Mio. EUR. Folgende wesentliche Erhöhungen und Reduzierungen liegen dem zugrunde:

Etatisiert sind Kosten in Höhe von 25.000 EUR für die Bundestagswahl 2013. Sie sind wegen der Einnahmen in gleicher Höhe haushaltsneutral.

Des Weiteren sind 15,5 Mio. EUR für die Landtagswahl etatisiert.

Die Ausgaben für den Kauf des Firmentickets steigen um 57.700 EUR. Auch sie sind wegen entsprechender Einnahmen haushaltsneutral.

Die Verstärkungsmittel für die bauliche Unterhaltung sind an den Ansatz von 2010 angepasst. Der Ansatz ist um 2,5 Mio. EUR auf 4,85 Mio. EUR angehoben.

Eine einmalige Erstattung in Höhe von 0,97 Mio. EUR an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW im Jahr 2011 fällt 2012 weg. Erstmals sind 0,5 Mio. EUR etatisiert, die zur Unterstützung bei Ausschreibungen für Liegenschaften (u.a. durch den BLB) verwandt werden sollen.

Die Ausgaben für den IT-Bereich, insbesondere für Beschaffungen und für die Projekte „Basis-IT“, „IT-Neustrukturierung“ und „Melderegisterauskünfte“ steigen insgesamt um 4,56 Mio. EUR. Die Minderausgabe wegen der IT-Neustrukturierung in Höhe von 806.700 EUR wurde zu Lasten der Kapitel 03 020 und 03 110 aufgelöst.

Bei dem Projekt „Prävention Jugendkriminalität“ ist der in 2011 ursprünglich vorgesehene Ansatz in Höhe von 8,5 Mio. EUR in 2012 etatisiert.

Die Minderausgabe wegen pauschaler Stelleneinsparung von 1,5 % für das Jahr 2012 ist in Höhe von (-)3,42 Mio. EUR bei Kapitel 03 020, Titel 972 10 veranschlagt. Zusammen mit einem Betrag von 10,15 Mio. EUR als Anteil des Einzelplans an einer Minderausgabe von 100 Mio. EUR zum Ausgleich des Landeshaushalts addiert sich der Ansatz auf (-)13,57 Mio. EUR.

Die im Sachhaushalt 2011 etatisierten Restedeckungsmittel aus 2010 sind im Haushalt 2012 nicht mehr ausgebracht. Da die auf den Einzelplan 03 entfallenden Restedeckungsmittel aus 2011 noch nicht bekannt sind, werden sie wiederum erst im Vollzug aus dem Einzelplan 20 in den Einzelplan 03 umgesetzt. Die Ausbringung des Strichansatzes verringert zwar den Ansatz im Sachhaushalt um rund 14,81 Mio. EUR, ist jedoch nur das Ergebnis einer haushaltstechnischen Verrechnung.

Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v. H.
Einnahmen	500.000	500.000	-	-
Ausgaben	93.564.800	76.825.800	+16.739.000	+21,8

Die **Einnahmen** sind in bisheriger Höhe veranschlagt.

Bei den **Ausgaben** ist aufgrund der weiterhin steigenden Zahl der Asylsuchenden der Ansatz für Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz um rd. 16,74 Mio. EUR auf 54,03 Mio. EUR angehoben.

Kapitel 03 110 Polizei**Stellenplan**

	2012	hD	gD	mD	eD	2011	+/-
Planstellen	39.994	715	39.279	-	-	39.712	+282
Stellen	5.535	55	1056	4.129	295	5.536	-1
Gesamt	45.529	770	40.335	4.129	295	45.248	+281
<i>ATZ-Planstellen</i>	16	2	10	4	-	17	-1
<i>ATZ-Stellen</i>	40	-	10	29	1	42	-2
<i>Vorbereitungsdienst</i>	4.000	-	4.000	-	-	3.700	+300
<i>Auszubildende</i>	101	-	-	-	-	101	-

Bei der Polizei sind zur Übernahme der Kommissaranwärter 280 neue Planstellen etatisiert. Die Ermächtigungen zur Einstellung von Anwärterinnen und Anwärtern für den Polizeivollzugsdienst sind mit 1.400 fortgeschrieben.

Zwei Planstellen sind aus anderen Kapiteln umgesetzt, eine Stelle ist kw-realisiert.

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v.H.
Einnahmen	52.790.000	52.790.000	-	-
Ausgaben	2.715.621.000	2.500.761.200	214.859.800	+7,9
• Personalausgaben	2.075.007.900	1.974.401.800	100.606.100	+5,1
• Sachausgaben	640.613.100	526.359.400	114.253.700	+21,7

Die **Personalausgaben** sind nach den Vorgaben des Finanzministeriums berechnet und berücksichtigen die o. a. Änderungen im Stellenplan.

Das Investitionsvolumen (ohne Titelgruppe 61, Digitalfunk) steigt um 57,6 Mio. EUR auf fast 140 Mio. EUR. Dies ist insbesondere der geplanten Beschaffung von colorierten Funkstreifenwagen (Investitionsvolumen in diesem Jahr 42 Mio. EUR) sowie von Fahrzeugen für die Bereitschaftspolizei (2 Mio. EUR) sowie erhöhten Ansätzen

Entwurf des Haushaltsplans 2012

Erläuterungen zum Einzelplan 03

Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) ist anzumerken, dass mit um 4,2 Mio. EUR auf 8,2 Mio. EUR erhöhten Ansätzen für die vermehrte Bearbeitung von DNA-Analysen vorgesorgt ist. Dies insbesondere, um den Rückstau unbearbeiteter Untersuchungsanträge abzubauen.

Für den Aufbau des Digitalfunks ist mit 95,4 Mio. EUR der bisher höchste Jahresansatz etatisiert (50,5 Mio. EUR mehr als 2011). Darüber hinaus sind die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Anbindung der kommunalen Leitstellen an den Digitalfunk im Polizeikapitel wie im Kapitel Feuerschutz und Hilfeleistung (vgl. Kapitel 03 710, Titel 812 11) geschaffen.

Der Produkthaushalt der Budgeteinheit Polizei ist im Teil III des Erläuterungsbandes dargestellt.

Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

Stellenplan

	2012	hD	gD	mD	eD	2011	+/-
Planstellen	32	21	8	3	-	32	-
Stellen	69	-	12	41	16	69	-
Gesamt	101	21	20	44	16	101	-

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v.H.
Einnahmen	11.734.800	11.953.500	- 218.700	-1,8
Ausgaben	14.054.700	14.100.200	-45.500	-0,3
• Personalausgaben	7.243.500	7.395.600	-152.100	-2,1
• Sachausgaben	6.811.200	6.704.600	106.600	1,6

Die Ausgaben für die bauliche Sanierung der DHPol sind auf der Basis der Haushaltsunterlagen sowie des vorgesehenen Zeitplans um rd. 0,48 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr höher veranschlagt.

Die deutliche Minderung der Ansätze zur Finanzierung von Forschungsvorhaben in **Einnahmen und Ausgaben** (vgl. Titelgruppe 99) um 0,88 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr ergibt sich daraus, dass in 2011 mehrere Projekte ausgelaufen sind und Förderzusagen für beantragte Forschungsvorhaben mit Beginn 2012 noch nicht vorlagen.

Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen**Stellenplan**

	2012	hD	gD	mD	eD	2011	+/-
Planstellen	3.538	1.077	1.761	692	8	3540	-2
Stellen	3.209	59	1.241	1.808	101	3.271	-62
Gesamt	6.747	1.136	3.002	2.500	109	6.811	-64
Davon							
Stammkapitel	4.561	842	1.799	1.811	109	4.596	-35
Titelgruppen gesamt	2.186	294	1.203	689	-	2.215	-29
TG 60	91	7	35	49	-	92	-1
TG 70	367	33	173	161	-	367	-
TG 71	586	119	382	85	-	604	-18
TG 74	499	58	227	214	-	499	-
TG 75	83	29	47	7	-	81	+2
TG 76	5	-	-	5	-	5	-
TG 77	1	-	-	1	-	1	-
TG 80	361	37	224	100	-	362	-1
TG 81	54	3	16	35	-	54	-
TG 83	5	0	2	3	-	5	-
TG 84	134	8	97	29	-	145	-11
<i>ATZ-Planstellen</i>	48	11	28	9	-	51	-3
<i>ATZ-Stellen</i>	52	-	17	32	3	54	-2
<i>Vorbereitungsdienst</i>	136	19	57	60	-	102	+34
<i>Auszubildende</i>	42	-	-	-	-	42	-

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v.H.
Einnahmen	136.390.100	108.358.100	+28.032.000	+25,9
Ausgaben	470.711.500	445.926.300	+24.785.200	+5,6
• Personalausgaben	339.142.300	326.027.300	13.115.000	+4,0
• Sachausgaben	131.569.200	119.899.000	+11.670.200	+9,7

Einnahmen

Berücksichtigt ist insbesondere die Steigerung der Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgeltgesetz infolge der gesetzlichen Änderung der Entgeltsätze (+27,2 Mio. EUR).

Personalausgaben

Für die Ausbildungsförderung im Ausland (17), die Aufgabenerweiterung der Scanstelle Beihilfe in Detmold (29), die Rückübertragung des Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms von der NRW-Bank auf die Bezirksregierungen (7) und das Risikomanagement im Bereich Bergschäden (2) sind zusätzliche Stellen eingerichtet. Ferner sind 0,8 Mio. EUR Aushilfsmittel für den Personalbedarf veranschlagt, der sich für den Stärkungspakt Stadtfinanzen ergibt.

Aussagen zur kw-Problematik bei den Bezirksregierungen finden sich im allgemeinen Teil des Erläuterungsbandes.

Sachhaushalt

Bei der Modernisierung des Munitionszerlegebetriebes in Hünxe ist mit der Realisierung des dritten Bauabschnitts begonnen worden. Die Baukosten für 2012 sind mit 14,8 Mio EUR veranschlagt. Für den dritten Bauabschnitt sind insgesamt Kosten in Höhe von 21,3 Mio EUR eingeplant.

Aufgrund des Wegfalls der 2011 zusätzlich bereitgestellten Mittel für Sanierungsmaßnahmen/ Ersatzvornahmen in Zusammenhang mit der PCB-Belastung der Firma Envio Recycling Dortmund ist der Ansatz bei Titel 547 71 um 1,8 Mio. EUR reduziert.

Besonderheiten

Die Minderungen der Hauptgruppe 5 in den Titeln 70, 71, 74 und 75

Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW

Stellenplan

	2011	hD	gD	mD	eD	2011	+/-
Planstellen	14	7	6	1	-	14	-
Stellen	30	-	8	17	5	30	-
Gesamt	44	7	13	19	5	44	-

Keine Veränderung bei den Planstellen und Stellen.

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v.H.
Einnahmen	224.400	224.400	-	-
Ausgaben	9.680.300	9.563.900	+116.400	+1,2
• Personalausgaben	2.312.600	2.224.200	+88.400	+4,0
• Sachausgaben	7.367.700	7.339.700	+28.000	+0,4

Die **Personalausgaben** steigen aufgrund der beschlossenen Besoldungs- und Tarifierhöhungen aus 2011 und 2012.

Der **Sachhaushalt** steigt aufgrund erhöhter Ansätze für Mieten.

Kapitel 03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (FHöV)

Stellenplan

	2012	hD	gD	mD	eD	2011	+/-
Planstellen	216	176	31	9	-	206	+10
Stellen	48	1	6	41	-	45	+3
Gesamt	264	167	37	50	-	251	+13
<i>ATZ-Planstellen</i>	<i>1</i>	<i>-</i>	<i>1</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>1</i>	<i>-</i>

In Folge der Erhöhung der Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen bzw. Kommissaranwärter bei der Polizei von 1.100 auf 1.400 sind 13 neue Planstellen und Stellen eingerichtet.

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v.H.
Einnahmen	46.000	46.000	-	-
Ausgaben	29.981.300	28.035.600	+1.945.700	+6,9
• Personalausgaben	18.101.900	16.636.800	+1.465.100	+8,8
• Sachausgaben	11.879.400	11.398.800	+480.600	+4,2

Die **Personalausgaben** erhöhen sich aufgrund o.g. Stellenzuwachses.

Die Ansätze für den Sachhaushalt erhöhen sich aufgrund der Erhöhung der Einstellungsermächtigungen. Es werden weitere Lehrräume mit der entsprechenden Ausstattung benötigt.

Besonderheiten

In der mittelfristigen Finanzplanung sind weitere Planstellen, Stellenzuwächse und Ansatzserhöhungen in Zusammenhang mit der Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei vorgesehen.

Kapitel 03 610 Information und Technik NRW (IT.NRW) - Landesbetrieb -

Stellenplan

	2012	hD	gD	mD	eD	2011	+/-
Planstellen	366	130	151	85	-	368	- 2
Stellen	1.342	28	850	459	5	1.331	+11
Gesamt	1.708	158	1.001	544	5	1.699	+ 9
<i>ATZ-Planstellen</i>	9	7	2	-	-	11	- 2
<i>ATZ-Stellen</i>	4	-	3	-	1	4	-
<i>Auszubildende</i>	79	-	-	-	-	79	-

Der Steigerung des Stellenbestandes ergibt sich aus der Umsetzung von zwei Planstellen und drei Stellen an das LPEM im Rahmen des Projektes „Schulverwaltungsassistenten“ und dem Nachvollzug der Einrichtung von 14 Stellen in 2011 gemäß § 6 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2010 für die Entwicklung von IT-Verfahren und die Überleitung des Betriebes von IT-Verfahren zum Landesbetrieb IT.NRW.

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v.H.
Einnahmen	0	60.522.000	-60.522.000	-100,0
Ausgaben	94.101.600	121.167.700	-27.066.100	-22,3
• Personalausgaben	-	-	-	-
• Sachausgaben	94.101.600	121.167.700	-27.066.100	-22,3

Die **Personalausgaben** werden nur im Wirtschaftsplan ausgewiesen (s. Beilage 2 zum Haushaltsplan). Sie finanzieren sich aus Teilen des Betriebskostenzuschusses und aus Teilen der Umsatzerlöse mit den Dienststellen der Landesverwaltung u.a.

Die Veränderungen bei den **Einnahmen** und den **Sachausgaben** ergeben sich im Wesentlichen aufgrund der Durchführung des Zensus in 2011.

Der Bund hat den Ländern 2011 seinen Anteil an den Gesamtausgaben für den Zensus überwiesen. Die Einnahmen entfallen in 2012.

Kapitel 03 630 Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI)

Stellenplan

	2012	hD	gD	mD	eD	2011	+/-
Planstellen	0	0	0	0	-	43	- 43
Stellen	0	0	0	0	-	9	- 9
Gesamt	0	0	0	0	-	52	- 52

Der LDI wird ab dem 01.01.2012 im Einzelplan 01 - Landtag - geführt. Das neue Kapitel lautet 01 100.

Des Weiteren wurde ein im letzten Jahr vorgenommener Stellentausch ‚Planstelle gegen Stelle‘ mit dem Ministerium (Kapitel 03 010) zurück abgewickelt.

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v.H.
Einnahmen	0	29.100	-	-
Ausgaben	0	3.445.200	-3.445.200	-100,0
• Personalausgaben	0	2.732.700	-2.732.700	-100,0
• Sachausgaben	0	712.500	-712.500	-100,0

Die **Personalausgaben** und die Ansätze für den **Sachhaushalt** werden in das Kapitel 01 100 umgesetzt. (s.o.)

Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v. H.
Einnahmen	150.000	150.000	-	-
Ausgaben	59.271.400	60.700.100	-1.428.700	-2,4
• Personalausgaben	116.600	115.400	+1.200	+1,0
• Sachausgaben	-59.154.800	60.584.700	-1.429.900	-2,4

Die **Einnahmen** sind in bisheriger Höhe veranschlagt.

Die **Sachausgaben** verringern sich insgesamt um 1,43 Mio. EUR. Folgende wesentlichen Erhöhungen und Reduzierungen liegen dem zugrunde:

Etatisiert sind Mehrkosten in Höhe von rd. 0,49 Mio. EUR für die Konzeption von Feuerlöschbooten und weiteren 0,6 Mio. EUR für den Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen.

Die Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Einsätze auf Anordnung des Landes und für Übungen der Großverbände sind insgesamt um 0,8 Mio. EUR reduziert (Titel 633 11 und 633 12). Auch bei den Landeszuschüssen an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung sind die Ausgaben um rd. 3,76 Mio. EUR reduziert (Titel 883 10). Die Landeszuschüsse sollen jedoch in bisheriger Höhe unter Inanspruchnahme von Ausgaberesten aus dem Jahr 2011 gewährt werden.

Die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung errechnen sich aus dem geschätzten Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in Höhe von 75 Mio. EUR (s. Einzelplan 20, Kapitel 20 010), abzüglich der übrigen aus Mitteln der Feuerschutzsteuer finanzierten Ausgaben des Kapitels 03 710 sowie des Zuschussbedarfs des Instituts der Feuerwehr (Kapitel 03 750).

Besonderheit

Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer wird voraussichtlich 75 Mio. EUR betragen. Dadurch wird der erhöhte Zuschussbedarf des Instituts der Feuerwehr von rd. 15,88 Mio. EUR, rd. 1,43 Mio. EUR mehr als in 2011, aufgefangen. Die Mehrkosten...

Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW, Münster

Stellenplan

	2012	hD	gD	mD	eD	2011	+/-
Planstellen	72	24	44	4	-	71	+1
Stellen	35	-	9	20	6	32	+3
Gesamt	107	24	53	24	6	103	+4

<i>ATZ-Planstellen</i>	3	1	2	-	-	2	+1
<i>ATZ-Stellen</i>	1	-	1	-	-	1	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	14	8	6	-	-	14	-
<i>Auszubildende</i>	5	-	-	-	-	5	-

Die neue Planstelle und die drei neuen Stellen sind zur Verstärkung der Logistikbereiche veranschlagt.

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v. H.
Einnahmen	886.000	888.000	-2.000	-0,2

Ausgaben	16.764.600	15.337.900	+1.426.700	+9,3
• Personalausgaben	6.633.200	6.139.500	+493.700	+8,0
• Sachausgaben	10.131.400	9.198.400	+933.000	+10,1

Die **Einnahmen** sind an das Ist 2010 angepasst.

Die **Personalausgaben** erhöhen sich insbesondere wegen der neuen Planstelle und Stellen und wegen eines Mehrbedarfs an Beschäftigungsentgelten.

Der Sachhaushalt erhöht sich bei den Ausgaben für Datenverarbeitung um 45.000 EUR. Die Bauausgaben reduzieren sich insgesamt um rd. 91.000 EUR. Die Ansätze für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen und Geräten sind um 0,96 Mio. EUR angehoben.

Kapitel 03 810 Wiedergutmachung

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v. H.
Einnahmen	26.529.200	28.199.200	-1.670.000	-5,9
Ausgaben	67.180.000	71.410.000	-4.230.000	-5,9
• Sachausgaben	67.180.000	71.410.000	-4.230.000	-5,9

Die **Erstattungen von Entschädigungslasten** durch den Bund sind der rückläufigen Entwicklung der Fallzahlen angepasst.

Im **Sachhaushalt** sind die Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und Landesrecht der voraussichtlichen Ist-Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v. H.
Einnahmen	6.134.700	6.014.900	+119.800	+2,0
Ausgaben	155.310.000	154.336.800	+973.200	+0,6
• Personalausgaben	154.382.000	153.432.800	+949.200	+0,6
• Sachausgaben	928.000	904.000	+24.000	+2,7

Die **Personalausgaben** im Versorgungsbereich erhöhen sich aufgrund einer Berechnung des Finanzministeriums unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Im **Sachhaushalt** wurden die Erstattungen von Versorgungsbezügen an die Länder und Gemeinden der voraussichtlichen Ist-Entwicklung angepasst.

**Kapitel 03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der
Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des
Landes und der ehemaligen Polizeibeamtinnen und
Polizeibeamten der früheren Länder Preußen und
Lippe, des früheren Reiches sowie deren
Hinterbliebenen**

Einnahmen und Ausgaben

	2012	2011	+/-	in v.H.
Einnahmen	7.404.400	7.237.800	166.600	+2,3
Ausgaben	843.520.300	845.727.300	-2.207.000	-0,3
• Personalausgaben	841.170.300	843.377.300	-2.207.000	-0,3
• Sachausgaben	2.350.000	2.350.000	-	-

Die **Personalausgaben** im Versorgungsbereich erhöhen sich aufgrund einer Berechnung des Finanzministeriums unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfänger.

III.
Produkthaushalt:

Budgeteinheit
Polizei

Entwurf des Haushaltsplans 2012

Erläuterungen zum Einzelplan 03

Kapitel 03 110 Produkthaushalt Polizei

Vorbemerkungen

Die Budgeteinheit *Polizei NRW* umfasst die Polizeibehörden des Landes NRW. Die Deutsche Hochschule der Polizei zählt nicht hierzu, weil sie durch den Bund und die Länder gemeinschaftlich finanziert ist. Die Kosten für das Fachhochschulstudium bleiben unberücksichtigt, da sie Teil der zukünftigen Budgeteinheit *Fachhochschule für öffentliche Verwaltung* (FHÖV - heute: Kapitel 03 350) sind. Berücksichtigt sind die Mittel der Kapitel 03 020 und 20 020, die einen unmittelbaren Bezug zur Polizei haben (z. B. Freie Heilfürsorge und Beihilfe).

Der Produkthaushalt gliedert sich in vier Abschnitte:

- Abschnitt I hat in Anlehnung an die kamerale Aufstellung dispositiven Charakter.
- Abschnitt II enthält die dazugehörigen Erläuterungen. Hier wird auf Kosten und Erlöse abgestellt, nicht auf Ausgaben und Einnahmen. Ferner finden sich hier Informationen zu Aktivitäten, zum Output (Mengen) und zum Outcome (Wirkungsinformationen unterlegt mit Kennzahlen).
- Im Abschnitt III, dem Finanzbereich, finden sich kamerale Informationen.
- Abschnitt IV "Identitätsrechnung" stellt die Verbindung der kameralen mit den produktbezogenen Zahlen her.

Erläuterungen zu Abschnitt I

Der erste Unterabschnitt (I.1) beschreibt die Budgeteinheit und erläutert, was unter der Budgeteinheit "Polizei NRW" inhaltlich zu verstehen ist.

I.1 Beschreibung der Budgeteinheit

Die Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen bilden eine Budgeteinheit. Die Polizei leistet ihren Beitrag zur inneren Sicherheit des Landes mit ihren Kernaufgaben "Gefahrenabwehr/Einsatzbewältigung", "Kriminalitätsbekämpfung" und "Polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit". Diese ergeben sich aus dem gesetzlichen Auftrag, Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwehren (§ 1 Polizeigesetz NRW), Straftaten zu verhüten und vorzubeugen (§ 1 Polizeigesetz NRW) sowie Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu verfolgen (§ 163 StPO, § 55 OWiG). Sie hat ferner besondere Zuständigkeiten nach dem Versammlungs-, dem Waffen- und dem Vereinsrecht. Die Polizei nimmt ihre Aufgaben in 47 Kreispolizeibehörden (18 Polizeipräsidien und 29 Landrätinnen/Landräte als Kreispolizeibehörden), dem Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste, dem Landeskriminalamt und dem Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei wahr.

Der zweite Unterabschnitt stellt das Haushaltsvolumen dar (I.2).

I.2	Ressourcenbezogener Haushaltsansatz der Budgeteinheit	Ansatz	SOLL	Differenz	IST
		2012	2011	2012-2011	2010
		EUR	EUR	EUR	EUR

Dabei handelt es sich um Kosten und Erlöse, nicht um Ausgaben und Einnahmen. Unterschieden wird zwischen dem Zuführungsbedarf zu den Produktkosten im Ergebnisbudget und den jeweiligen Mitteln für Transferleistungen, Projekte und Infrastrukturmaßnahmen (I.3, I.4 und I.5), die aber im Produkthaushalt 2012 der Polizei

Der Unterabschnitt Haushaltsvermerk (I.7) berücksichtigt, dass die zurzeit noch bestehende kamerale Darstellung wegfallen soll. Etwaige Haushaltsvermerke werden dann an dieser Stelle ausgebracht.

Erläuterungen zu Abschnitt II

Der Grundgedanke aller Anstrengungen zeigt sich in Abschnitt II. Der Produkthaushalt ist zukünftig der Kern der parlamentarischen Steuerung und nach § 6a HGrG und § 17a LHO Voraussetzung für Globalbudgets. Sie treten an die Stelle kameraler Titelermächtigungen, deren Legitimation auf Ebene der Produktbereiche durch die Angabe von Kalkulationsgrundlagen und Leistungsangaben gewährleistet wird. § 17a LHO fordert daher den Aufbau von Instrumenten zur Ergebnissteuerung des Verwaltungshandelns:

- Budgetergebnisse werden im Rahmen der Integrierten Verbundrechnung vor allem über die monetäre Rechnungslegung gesteuert.
- Leistungsergebnisse werden vor allem über Kennzahlen zu Aktivitäten und Leistungen gesteuert.

In Abstimmung mit dem Finanzministerium weist Unterabschnitt II.1 Kennzahlen aus, die die Größenordnung der für die Polizeiarbeit relevanten Rahmenbedingungen verdeutlichen.

II.1 Grundkennzahlen der Budgeteinheit	Ansatz 2012	SOLL 2011	Differenz 2012-2011	IST 2010
Zahl der Planstellen	39 994	39 712	+282	39 593
Zahl der Stellen	5 535	5 536	-1	5 579
Zahl der Stellen der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	4 000	3 700	+300	3 400
Zahl der Stellen Auszubildenden	101	101	-	96
Fläche NRW (in km²)	34 092	34 092	-	34 092
Zahl der Einwohner NRW	17 858 716	17 891 502	-32 786	17 963 353
Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge NRW	10 425 356	10 318 681	+106 675	10 289 181
Bundesautobahnen in NRW (Betriebsstrecke in km)	2 200	2 186	+14	2 178
Bundesstraßen in NRW (Betriebsstrecke in km)	5 055	5 055	-	5 055
Landstraßen in NRW (Betriebsstrecke in km)	12 833	12 773	+60	12 684
Kreisstraßen in NRW (Betriebsstrecke in km)	9 551	9 805	-254	9 805
Schiffbare Wasserstraßen / -wege in NRW (Betriebsstrecke in km)	903	903	-	903

Unterabschnitt II.2 benennt die Produktbereiche (d. h. Hauptgeschäftsfelder bzw. -aufgabenbereiche) der Budgeteinheit Polizei

- Einsatzbewältigung / Gefahrenabwehr
 - Kriminalitätsbekämpfung
 - Verkehrsunfallbekämpfung
- nebst jeweiligen Kosten- und Leistungsdaten.

II.2 Ressourceneinsatz (Produktgebundene Ressourcen / Kosten und Erlöse) und Produktkennzahlen					
Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2012	SOLL 2011	Differenz 2012-2011	IST 2010

Entwurf des Haushaltsplans 2012

Erläuterungen zum Einzelplan 03

Die Erläuterungen zu den Kennzahlen werden nicht im Produkthaushalt dargestellt. Zum besseren Verständnis der Zahlen sind sie jedoch erforderlich und daher nachfolgend tabellarisch aufgeführt:

Produktbereich	Kennzahl	Beschreibung
Einsatzbewältigung Gefahrenabwehr	<i>Anzahl der bewältigten Einsätze im täglichen Dienst</i>	Einsätze im täglichen Dienst (z. B. Wachdienst)
	<i>Einsatzreaktionszeit</i>	Durchschnittliche Zeit zwischen der Eröffnung eines Einsatzes in E-CEBIUS und dem Eintreffen der ersten Einsatzkräfte (ohne Einsatzreaktionszeiten von weniger als 30 Sekunden und mehr als 90 Minuten) bei allen außenveranlasseten Einsätzen.
	<i>Anzahl Präsenzstunden</i>	Anzahl der geleisteten Personalstunden für sichtbare polizeiliche Präsenz.
Kriminalitätsbekämpfung	<i>Von der Polizei NRW bearbeitete Straftaten</i>	Jede im Straftatenkatalog aufgeführte Straftat (einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche), die von der Polizei NRW bearbeitet wird.
	<i>Aufklärungsquote der von der Polizei NRW bearbeiteten Straftaten</i>	Anzahl der Straftaten, denen ein Täter zugeordnet werden kann, im Verhältnis zur Anzahl der Straftaten, die von der Polizei NRW bearbeitet werden.
Verkehrsunfallbekämpfung	<i>Verunglücktenhäufigkeitszahl</i>	Anzahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen multipliziert mit 100.000 geteilt durch die Einwohnerzahl NRW (Einwohnerzahl des Vorjahres).
	<i>Zahl der Maßnahmen</i>	Anzahl (gesamt) der getroffenen repressiven Maßnahmen zur Verkehrsunfallbekämpfung, ohne dass ein Verkehrsunfall eingetreten ist (sog. „folgenloser Verstoß“). Maßnahmen in diesem Sinne sind Verwarnungen mit Verwarnungsgeld, Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen und Verkehrsvergehens- / Strafanzeigen.

In dem folgenden Unterabschnitt "Erläuterungen zum Ressourcenverbrauch" (II.3) sind Ausführungen zu den auf das Haushaltsjahr bezogenen Zahlen möglich. Der Unterabschnitt "Strategische Ziele" (II.4) erläutert überjährige Ziele.

II.4 Strategische Ziele der Budgeteinheit

Die strategischen Ziele der Polizei NRW richten sich an den Grundsätzen der Polizeiarbeit aus. Im Vordergrund stehen die Kernaufgaben der Polizei: Einsatzbewältigung / Gefahrenabwehr, Kriminalitätskontrolle und polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit. Führung-, Steuerungs- und weitere Unterstützungsprozesse dienen der Wahrnehmung der Kernaufgaben.

Teilstrategie "Einsatzbewältigung / Gefahrenabwehr": Bei Notrufen tragen kurze Reaktionszeiten bis zum Eintreffen vor Ort wesentlich zum polizeilichen Einsatzerfolg und zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung bei. Die zeitgerechte Reaktion der Polizei auf außenveranlassete Einsätze ist insbesondere dann von Bedeutung, wenn wesentliche Rechtsgüter unmittelbar gefährdet sind. Die Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit durch erkennbar ansprechende Polizeibeamtinnen und -beamte ist erhöht. Die polizeiliche Präsenz konzentriert sich dabei vor allem auf Problembereiche (Brennpunkte / Angsträume).

Teilstrategie "Kriminalitätsbekämpfung": Die Polizei hat durch strategische Konzepte (Leitsätze siehe Abschnitt "Kriminalitätskontrolle der Grundsätze der Polizeiarbeit", RdErl. IM NRW v. 17.05.2006 - 4 - 59.01) und durch operative Maßnahmen zur Kriminalitätskontrolle Kriminalität zu reduzieren.

Erläuterungen zu Abschnitt III

III.1	Finanzrechnung	Ansatz 2012 EUR	SOLL 2011 EUR	Differenz 2012-2011 EUR	IST 2010 TEUR
--------------	-----------------------	-----------------------	---------------------	-------------------------------	---------------------

Der gesamte dritte Abschnitt, der sich mit der Finanzrechnung befasst, wird erst verständlich, wenn noch einmal darauf aufmerksam gemacht wird, dass der Produkthaushalt die kamerale Darstellung ersetzen und nicht ergänzen soll. Um den Anforderungen des Haushaltsrechts gerecht zu werden, sind weiterhin die aufgeführten Haupt- und Obergruppenansätze auszuweisen.

Erläuterungen zu Abschnitt IV

IV.1	Identitätsrechnung	Ansatz 2012 EUR	SOLL 2011 EUR	Differenz 2012-2011 EUR	IST 2010 TEUR
-------------	---------------------------	-----------------------	---------------------	-------------------------------	---------------------

Die Identitätsrechnung stellt den Zusammenhang der produktbezogenen mit den kameralen Zahlen her. Deutlich werden hier beispielsweise die Pensionslasten und die Absetzung für Abnutzung (AfA). Die Identitätsrechnung bezieht sich normalerweise auf ein Kapitel, ermöglicht aber auch die Berücksichtigung der polizeispezifischen Ausgaben der Kapitel 03 020 und 20 020.

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01
Telefax: 0211/871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

